

STADT ASCHAFFENBURG				
EINGANG				
29.01.2025				



## Antrag

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖPD) und die Kommunale Initiative (KI) stellen folgenden Antrag:

Der Stadtrat möge beschließen:

### 1. Vorlage eines Sachstandsberichts zur Einführung eines Mehrwegsystems

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat zeitnah einen detaillierten Sachstandsbericht über den Stand der Einführung und Umsetzung des Mehrwegsystems (Beschluss vom Herbst 2021) vorzulegen.

**Begründung:** Im Herbst 2021 hat die Stadt Aschaffenburg das Vorhaben „Mehrweg statt Einweg“ gestartet, um Abfall zu reduzieren und die Vermüllung der Stadtteile einzudämmen. Seit Januar 2023 sind Betriebe mit einer Verkaufsfläche von über 80 Quadratmetern und mehr als fünf Beschäftigten gesetzlich verpflichtet, Mehrwegverpackungen als Alternative anzubieten. Die Bürgerversammlung am 16. April 2024 im Stadtteil Damm hat die hohe Dringlichkeit des Themas erneut verdeutlicht: Die Bürger\*innen äußerten große Betroffenheit über die zunehmende Vermüllung ihres Quartiers. Diese Problematik betrifft nicht nur Damm, sondern viele Stadtteile. Ein Sachstandsbericht ist notwendig, um den Fortschritt und die Wirksamkeit der bisherigen Maßnahmen zu bewerten.

### 2. Einführung einer Verpackungssteuer nach Tübinger Vorbild

Die Stadt Aschaffenburg führt eine Verpackungssteuer auf Einwegverpackungen, -geschirr und -besteck ein, die zur Ausgabe von Speisen und Getränken für den sofortigen Verzehr oder zum Mitnehmen genutzt werden.

**Begründung:** Einwegverpackungen belasten die Umwelt und verursachen erhebliche Entsorgungskosten, die derzeit zum Großteil von der Allgemeinheit getragen werden. Insbesondere Systemgastronomen sparen durch den Verzicht auf Mehrweglösungen Reinigungskosten, während die negativen Folgen des Einwegkonsums von der Gesellschaft getragen werden müssen. Die Verpackungssteuer schafft einen finanziellen Anreiz, auf Mehrwegsysteme umzusteigen, und leistet einen wichtigen Beitrag zur Abfallvermeidung. Das erfolgreiche Beispiel der Stadt Tübingen zeigt, dass eine solche Steuer praktikabel und wirksam ist.

Mit freundlichen Grüßen

Jürgen Zahn, Stadtrat KI

Bernhard Schmitt Stadtrat ÖDP

### Anlage: - Steuermodell Tübingen

0,50 Euro (netto) für Einwegverpackungen (z. B. Kaffeebecher)

0,50 Euro (netto) für Einweggeschirr (z. B. Pommesschalen)

0,20 Euro (netto) für Einwegbesteck und andere Hilfsmittel (z. B. Trinkhalme, Eislöffel)